

Nationalismus auf Taiwan: chinesisch oder taiwanesisch?

Hermann Halbeisen

I.

Unter den Staaten Ostasiens nimmt die Republik China auf Taiwan eine eigenartige Sonderstellung ein. Als Beispiel einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung, die zudem weitgehend gemäß marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgte, wird sie von den Staaten der westlichen Welt als Vorbild herausgestellt und als Handelspartner geschätzt. Diese Wertschätzung erstreckt sich jedoch nicht auf den Staat und seine außenpolitischen Ambitionen. Die Bemühungen des Inselstaates um eine Intensivierung und Normalisierung seiner auswärtigen Beziehungen stoßen vielmehr auf konsequente Ablehnung.

Seit den siebziger Jahren, in denen sich als Folge der Veränderungen in der internationalen Konfliktstruktur die Außenpolitik der westlichen Staaten von der Republik zur Volksrepublik China umorientierte, ist die Republik China auf Taiwan in eine profunde diplomatische Isolation geraten. Dem Verlust der UN-Mitgliedschaft folgten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen fast aller Staaten der Welt und der Ausschluß aus dem Gros der relevanten internationalen Organisationen.

Diese Isolation war auch eine Folge taiwanesischer Außenpolitik. Nach ihrer Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg führten die jetzt auf Taiwan herrschenden Nationalisten ihre Auseinandersetzung mit den chinesischen Kommunisten auf dem Feld der Außenpolitik fort und suchten das kommunistische Regime international zu isolieren. Ihr Festhalten am Alleinvertretungsanspruch für ganz China auch unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen beschleunigte die politische Isolierung Taiwans. Angesichts geänderter Kräfteverhältnisse akzeptierten zahlreiche Staaten die Position der VR China bezüglich des Status Taiwans. Die Bestrebungen der Republik China auf Taiwan nach einer Verbesserung ihrer internationalen Stellung wurden als Störfaktor beim Ausbau der eigenen Beziehungen zu Peking angesehen.

In der Hoffnung darauf, daß Taiwan zukünftig nur eine unbedeutende Rolle in der internationalen Politik spielen würde, haben die Staaten der westlichen Welt sich außenpolitisch auf die VR China ausgerichtet. Angesichts dieser Orientierung erstaunt es nicht, daß in ihre Perzeption Taiwans primär jene Faktoren eingegangen sind, die die genannten Erwartungen bekräftigen. Dies hat entweder dazu geführt, bei der Formulierung der eigenen Asienpolitik von der Existenz

Taiwans vollständig abzusehen¹ oder lediglich jene Äußerungen und Entwicklungen herauszuheben, die auf eine konfliktfreie Lösung des Taiwan-Problems hinzuweisen scheinen.

Angesichts dieser kognitiven Vorgaben sind eine Reihe von Veränderungen, die die politische Entwicklung in Taiwan selbst, aber auch seine Position in den zwischenstaatlichen Beziehungen Ostasiens betreffen, kaum wahrgenommen worden. Die Fixierung auf die VR China, die als regionale Vormacht angesehen wird, hat eine objektive Bewertung der Konsequenzen von Taiwans wirtschaftlicher und technologischer Potenz für seinen globalen und regionalen Einfluß nicht zugelassen.² Noch weniger Beachtung ist den innenpolitischen Veränderungen und ihren Auswirkungen auf die Ziele der Außenpolitik, ihrer Formulierung und ihren Strategien geschenkt worden.

Eine Fassade personeller Kontinuität und ideologischer Starrheit in Sachen nationaler Identität und außenpolitischer Strategie verbarg lange Zeit tiefgreifende Wandlungsprozesse. Unter dem Einfluß der sozioökonomischen Veränderungen der vergangenen Dekaden und der Umgestaltung der politischen Strukturen seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre haben sich die Bedingungen, unter denen Außenpolitik formuliert und implementiert wird, grundlegend gewandelt. Mit der Liberalisierung der Innenpolitik entstanden Freiräume, die zur Reflexion und Diskussion über die politischen Orientierungen, besonders in jenen Bereichen, die bislang durch die Doktrinen des nationalistischen Regimes eindeutig bestimmt zu sein schienen, genutzt wurden. Die vollständige Anwendung demokratischer Prinzipien bei der Vergabe von Mandaten auch auf der nationalen Ebene bewirkte tiefgreifende Veränderungen in der Machtstruktur wie in der Zusammensetzung der politischen Elite. Ausdruck dieser Veränderungen sind unter anderem die anhaltenden Debatten über die nationale Identität Taiwans, aber auch der neuerwachte Elan, mit dem die Republik China auf Taiwan ihre internationale Stellung zu wahren und zu verbessern trachtet.

Angesichts der geringen Aufmerksamkeit, die der Herausbildung konkurrierender Identitätsentwürfe wie der Entstehung eines neuen Selbstbewußtseins innerhalb der Bevölkerung Taiwans gewidmet wurden, wird sich die nachfolgende Untersuchung zunächst mit diesem Aspekt befassen und kurz die Vorstellungen

- 1) Vgl. hierzu die Behandlung Taiwans im neuen Konzept der Bundesregierung für eine Asienpolitik: Asien-Konzept der Bundesregierung, in: *Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Nr. 24/1993.
- 2) Besonders aufschlußreich sind in dieser Hinsicht die Arbeiten des australischen Analytikers Klintworth, der Taiwan schon geraume Zeit als neue Mittelmacht sieht. Vgl. Gary Klintworth: "Taiwan's New Role in the Asia-Pacific Region", *Pacific Focus* 7:2 (1992), S. 67-90.

über die Identität Taiwans und die Rolle, die es in der internationalen Gemeinschaft spielen sollte, umreißen. Hieran schließt sich eine kurze Analyse der Veränderungen in den politischen Institutionen und der Auswirkungen, die sie auf die Formulierung und Implementierung der Außenpolitik haben, an. Ein dritter Teil untersucht die Schwerpunkte und Ziele der taiwanesischen Außenpolitik unter dem derzeitigen Präsidenten Lee Teng-hui.

Die Untersuchung des folgenden Abschnittes befaßt sich mit zwei Phänomenen, die, obwohl inhaltlich nicht miteinander verknüpft, wegen ihres - potentiellen oder tatsächlichen - Einflusses auf die Außenpolitik Taiwans im Zusammenhang erörtert werden. Die Untersuchung der konkurrierenden Identitätsentwürfe und ihrer Konzipierung nationaler Zugehörigkeit orientiert sich an Andersons Verständnis der Nation als einer "imaginierten Gemeinschaft".³ Sie beschäftigt sich daher mit den wichtigsten Merkmalen der postulierten Identitäten und ihren konstituierenden Erfahrungen. Ein ebenso relevantes Verständnis von Nationalismus, das auf Taiwan ebenfalls intensiv diskutiert und propagiert wird, nämlich die Wahrung oder Stärkung der wirtschaftlichen Interessen der eigenen Bevölkerung gegenüber den Forderungen anderer Staaten oder internationaler Organisationen, muß aus Platzgründen unberücksichtigt bleiben.⁴ Dem Dissens über die Identität Taiwans steht innerhalb der Bevölkerung jedoch ein Konsens über die Rolle, die die Insel in der internationalen Politik spielen soll, gegenüber.

II.

Mit der Auflösung der autoritären Strukturen des nationalistischen Regimes entfielen die Rahmenbedingungen, die dem Verständnis des Regimes von der Identität Taiwans innen- wie außenpolitisch eine Monopolstellung ermöglicht

- 3) Die relevanten Aussagen dazu finden sich in Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzeptes*, Frankfurt/M. 1988. Vgl. dazu auch die umfassende Diskussion der Entwicklung und Inhalte verschiedener Konzepte von Nation und Nationalismus in Eric J. Hobsbawm: *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/M. 1991. Eine interessante Erklärungsvariante, die die Artikulation neuer nationaler Identitäten als Ausdruck wirtschaftlichen Interesses interpretiert, wird hier nicht weiter verfolgt. Vgl. dazu die Studie von John A. Hall: "Nationalisms: Classified and Explained", in: *Daedalus* 122:3 (1993), S. 1-28.
- 4) Eine bemerkenswerte Formulierung dieser Auffassung samt einer daraus folgenden außenpolitischen und -wirtschaftlichen Strategie Taiwans findet sich in Hsü Chieh-lin, Hsiao Ch'üan-cheng: *T'ai-wan ti Ya-T'ai chan-lüeh*, Taipei 1991.

hatten. Zwar war diese Position niemals vollständig von der Bevölkerung akzeptiert worden; oppositionelle Kreise hatten bereits im Laufe der siebziger Jahre damit begonnen, die Identität Taiwans und sein Verhältnis zu China zu einem Topos ihres Diskurses zu machen. Die Kontrolle der Medien durch das nationalistische Regime sorgte jedoch dafür, daß die Wirkung abweichender Positionen auf kleine Personengruppen auf Taiwan begrenzt blieb.

Die Überlegungen der Oppositionellen standen zwar im Gegensatz zur offiziellen Position der Nationalisten, ihre Argumente blieben jedoch gemäßigt.⁵ Mit der fortschreitenden innenpolitischen Liberalisierung fanden auch radikalere Positionen, die bis dato lediglich unter den im Ausland lebenden Taiwanesen diskutiert worden waren, ein Forum auf der Insel. Die Beschäftigung mit der Identität gewann zudem einen anderen Charakter. An die Stelle eines Disputes zwischen oppositionellen Intellektuellen trat die Instrumentalisierung der Idee zum Zwecke politischer Mobilisierung zugunsten der Opposition. Als Folge dieser Entwicklung gewann die doppelte Frage der Identität Taiwans und seines Verhältnisses zu China an innenpolitischer Brisanz und löste sowohl auf der politischen wie auf der ideologischen Ebene zahlreiche, teilweise hitzige Kontroversen aus.⁶

Im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen zwei entgegengesetzte Annahmen. Die eine geht davon aus, daß eine chinesische Nation fortbestehe, die auch Taiwan umfasse, während die andere die Entstehung einer eigenständigen taiwanesischen Nation postuliert. Die potentielle Sprengkraft der konkurrierenden Nationalismen resultiert aus ihren Implikationen für die Kontinuität der bestehenden staatlichen Ordnung wie für die außenpolitische Orientierung der Insel. Ihren Ursprung hingegen hat diese Konkurrenz in Entwicklungen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts: nämlich einerseits in der chinesischen

- 5) So bewegt sich die erste umfassende Auseinandersetzung mit diesem Thema durch Chang Chün-hung noch innerhalb des Rahmens einer chinesischen Identität, die jedoch in eine kontinentale und eine maritime ausdifferenziert wird. Vgl. Chang Chün-hung: "Ts'ung Ta-lu wen-hua ho hai-yang wen-hua t'an tao tang-ch'ien jen-t'ung wen-t'i", in: *Ching-han hsüan-chi*, Taipei 1977, S. 472-494.
- 6) Ein Aspekt dieser Entwicklung, die Herausbildung eines taiwanesischen Bewußtseins und seiner Charakteristika, wird in einer anderen Studie des Verfassers ausführlich untersucht. Vgl. dazu Hermann Halbeisen: "Taiwanese Consciousness (T'ai-wan i-shih): Facets of a Continuing Debate", in: E.K.Y. Chen, Jack F. Williams, and John Wong, eds.: *Taiwan. Economy, Society and History*, Hong Kong 1991, S. 235-250.

Auseinandersetzung mit dem Eindringen des westlichen Imperialismus, der sowohl den Zusammenbruch der traditionellen konfuzianischen Ordnung und, in Reaktion darauf, die Herausbildung eines chinesischen Nationalismus bewirkt hat,⁷ und andererseits in der Abtretung Taiwans an Japan im Jahre 1895 als Folge der chinesischen Niederlage im vorangegangenen Krieg. Sie bildet die Grundlage für die Sonderentwicklung der Insel samt den daraus resultierenden Erfahrungen der Bevölkerung auf Taiwan, die von denen der Chinesen des Festlandes in einer Reihe von Punkten beträchtlich divergieren.

Es ist hier nicht der Ort, die Entstehung und Entfaltung des chinesischen Nationalismus im Detail zu verfolgen. Unter den verschiedenen Spielarten, die diese Ideologie in China hervorgebracht hat, sind für unsere Untersuchung nur die jener politischen Parteien von Bedeutung, die nach 1949 auf Taiwan weiterhin die Position eines chinesischen Nationalismus vertreten haben. Dies betrifft in erster Linie die nationalistische Partei, die Kuomintang (KMT), und - mit Einschränkungen - die Jugendpartei (*Chung-kuo Ch'ing-nien-tang*).⁸

Der Nationalismus der vom Festland nach Taiwan übergesiedelten Parteien beruht weitgehend auf den Erfahrungen des kontinentalen China. Im Falle der KMT stützt er sich auf die politische Theorie Sun Yat-sens und die Summe intensiver Debatten über verschiedene Spielarten des Nationalismus innerhalb der Partei. Nach langwierigen Auseinandersetzungen setzte sich schließlich die ausgeprägt konservative, konfuzianische wie anti-imperialistische Elemente integrierende Auffassung Chiang Kai-sheks als offizielle Doktrin durch.

Für die Bevölkerung Taiwans waren die ersten Erfahrungen mit dem Nationalismus der KMT schmerzhaft. Obwohl in ihrer Mehrzahl prochinesisch orientiert, wurden sie nach der Rückkehr Taiwans zu China im Jahre 1945 aus einer Reihe von Gründen von den festländischen Chinesen nicht als gleichberechtigt akzeptiert. Waren bereits in der Kaiserzeit die Einflüsse der traditionellen Kultur

7) Der Zusammenbruch der traditionellen Ordnung und die Etappen der Entstehung eines neuen Nationalismus als identitätstiftender Ideologie werden im Detail von Levenson untersucht. S. Joseph R. Levenson: *Confucian China and Its Modern Fate. A Trilogy*, Berkeley and Los Angeles 1972. Zur Problematik des Nationalismus in China und seiner Rezeption durch westliche Beobachter s. die Studie von James Townsend: "Chinese Nationalism", *Australian Journal of Chinese Affairs* 27 (1992), S. 97-130.

8) Auf die politischen Doktrinen der Jugendpartei wird hier wegen der Bedeutungslosigkeit dieser Partei für die Gestaltung der Entwicklung Taiwans nicht weiter eingegangen. Zur Geschichte der Partei vgl. Chan Lau Kit-sing: *The Chinese Youth Party, 1923-1945*, Hong Kong 1972.

auf der an der Peripherie des Reiches gelegenen, mehr von Rebellionsfreude denn von Orthopraxis geprägten Insel nicht sehr ausgeprägt, so entfernten sich die Orientierungen und Erfahrungen der Bevölkerung unter der japanischen Kolonialherrschaft noch weiter von jenen ihrer festländischen Landsleute. Von der Kolonialregierung wurde sie weitgehend von den politischen Entwicklungen auf dem Festland abgeschirmt und einer intensiven Japonisierungspolitik unterworfen.

Die Verhältnisse, die die KMT 1945 auf der Insel vorfand, bestärkten die nationalistische Führung in ihrer Auffassung, daß Taiwan "sinisiert" werden müsse. Dies schien aus pragmatischen Gründen angebracht, sprachen und verstanden doch große Teile der einheimischen Bevölkerung nicht die chinesische Hochsprache; zugleich sollte die jahrzehntelange Indoktrination mit japanischen Werten kompensiert und die Bevölkerung stärker in das Wertesystem der Nationalisten eingebunden werden.

Nach der Flucht der chinesischen Nationalisten in den Jahren 1949-50, in deren Zug der Großteil der Partei- und Staatsführung auf die Insel übersetzte, begann die ideologische Entwicklung des Nationalismus zu stagnieren. Unter der verschärften Kontrolle des Regimes wurden intellektuelle Auseinandersetzungen innerhalb der KMT selten. Die Themen, um die in den wenigen Polemiken gestritten wurde, waren nur zu häufig Paraphrasen jener Debatten, die in den zwanziger und dreißiger Jahren auf dem Festland geführt worden waren. Geprägt von der konservativen Orientierung Chiang Kai-sheks, beschränkte sich die nationalistische Ideologie auf Bekundungen des Antikommunismus und Beschwörungen des letzten Zieles, der Rückeroberung des Festlandes. Abscheu gegenüber den antitraditionalistischen Zügen der Kulturrevolution wie die zunehmende Überalterung des nationalistischen Regimes verstärkten die rückwärtsgewandten Züge der Ideologie. Diese Tendenz fand ihren abschließenden Höhepunkt in der "Bewegung für eine kulturelle Renaissance" (*Wen-hua fu-hsing yün-tung*)⁹, die in den sechziger und siebziger Jahren vom nationalistischen Regime mit dem Ziel der Wahrung und stärkeren gesellschaftlichen Beachtung traditioneller chinesischer Werte betrieben wurde.

Nach Jahren der Stagnation gewann der chinesische Nationalismus erst im Laufe der achtziger Jahre neue Relevanz als Reaktion auf die zunehmende Taiwanisierung der KMT und den wachsenden Einfluß der taiwanesischen Opposition auf die Politik. Dieses "Risorgimento" führte bislang nicht zu neuen theoretischen

9) Zu Entfaltung und Erfolg dieser Bewegung s. den Beitrag von Warren Tozer: "Taiwan's 'Cultural Renaissance': A Preliminary View", *China Quarterly* 43 (1970), S. 81-99.

Leistungen. Äußerungen mit expliziter Orientierung an Vorstellungen von einem China und Bezug auf die Theorien Sun Yat-sens haben in der KMT jedoch eine legitimierende Funktion für verschiedene Gruppen im innerparteilichen Machtkampf gewonnen. Sie bilden darüber hinaus eine ideologische Basis für neue konservative Gruppierungen von nationalistischen Politikern, wie der *Ai-kuo t'ung-meng*, einer Organisation, in der zahlreiche jüngere Abgeordnete der KMT engagiert sind.

In dem Maße, in dem die Konsequenzen der von Chiang Ching-kuo begonnenen Reformpolitik deutlich wurden, insbesondere jedoch seit der Übernahme von Präsidentschaft und Parteivorsitz durch Lee Teng-hui, einem gebürtigen Taiwanesen, haben Gruppen, die einen chinesischen Nationalismus vertreten, innerhalb der KMT bemerkenswert an Bedeutung gewonnen. Eine große Minderheit unter der Mitgliedschaft teilt die Auffassung, der von Präsident Lee eingeschlagene Kurs in der China-Politik wahre lediglich die Form und lasse ein ernsthaftes Engagement für die Verwirklichung dieses Zieles vermissen. In dieser Kritik artikuliert sich ein wachsendes Gefühl der Heimatlosigkeit, von dem große Teile der älteren Festländer erfaßt worden sind, sie ist aber auch ein Versuch der alten festländischen Elite, einem vollständigen Machtverlust wie einem als Verrat verstandenen Kurswechsel der Partei vorzubeugen. Innerhalb dieses in der Presse als Kampf von Haupt- (*chu-liu*) und Nebenströmung (*fei chu-liu*) dargestellten Konfliktes (wobei die Anhänger Lee Teng-huis als Hauptströmung bezeichnet wurden, während die Nebenströmung im wesentlichen die älteren Festländer umfaßte) hat sich auch eine Gruppe von jungen Politikern, in der Mehrzahl Angehörige des Legislativ Yuan, formiert, die weitgehend unbelastet von den Erfahrungen der älteren Politiker eine stark an den Lehren Sun Yat-sens orientierte chinesische politische Linie propagiert. Nach unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung hat diese Gruppe im Vorfeld des 14. Parteitages die Partei verlassen und eine neue Partei, die *Hsin-tang* (HT), gegründet.¹⁰

Der taiwanische Nationalismus hingegen speist sich aus den Erfahrungen der Unterdrückung durch die von außen gekommenen Herrscher, seien es nun Holländer, Manchu, Japaner oder Festlandchinesen. Den unmittelbaren Anknüpfungspunkt für die Artikulierung einer besonderen, sich vom festländischen China unterscheidenden Identität Taiwans bilden die Erfahrungen der taiwanischen Bevölkerung nach ihrer Rückkehr unter chinesische Souveränität, von denen die Ereignisse in der Folge des 28. Februar 1947 besonders schwer

10) Vgl. dazu auch die Berichterstattung in *The Journalist* (*Hsin Hsin-wen*) im Jahre 1993.

wiegen.¹¹ Um sich vor der nach der Niederschlagung der Rebellion einsetzenden Welle von Repressionen in Sicherheit zu bringen, verließ eine Reihe taiwanischer Intellektueller die Insel und suchte Zuflucht in Hong Kong und Japan. Hier formulierten sie zum erstenmal Vorstellungen von einer eigenständigen taiwanischen Identität, Überlegungen, die in den folgenden Jahrzehnten von zahlreichen Gruppierungen in der Diaspora fortgesponnen wurden.¹² Auf Taiwan selbst fanden diese Vorstellungen nur sporadisch Resonanz. Die Zensur verhinderte ihre Verbreitung, lediglich von heimkehrenden Auslandsstudenten wurden Informationen über die oft lebhaft überseeische Debatte auf der Insel verbreitet.

Zwei Entwicklungen schufen die Voraussetzungen dafür, daß sich der taiwanische Nationalismus auch auf Taiwan selbst zu verbreiten vermochte. Eine wird durch die Entstehung einer Zivilgesellschaft, die sich in zunehmendem Maße gegenüber staatlichen Institutionen zu behaupten vermochte, markiert. Dieser Prozeß begann als Folge anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums zu Beginn der sechziger Jahre langsam Form zu gewinnen. Der rasch fortschreitende Verfall der internationalen Position der Republik China auf Taiwan bildet die zweite dieser Entwicklungen. Angesichts der wachsenden internationalen Probleme der Republik China, deren Status gefährdet schien und die es kaum noch vermochte, sich in der Konkurrenz mit der VR China zu behaupten, verloren die überkommenen Interpretationen der Identität Taiwans beständig an Überzeugungskraft. Der Verlust der UN-Mitgliedschaft markierte den krisenhaften Höhepunkt dieser Entwicklung.¹³

Die Bemühungen um eine Selbstvergewisserung von Taiwans Identität und Status zeitigten erste Resultate in den Schriften Chang Chün-hungs. Chang modifizierte eine von Fairbank geprägte Unterscheidung zwischen einem maritimen (*hai-yang Chung-kuo*) und einem kontinentalen China (*ta-lu Chung-kuo*),

- 11) Die bislang umfassendste Studie über die Ereignisse vom Februar 1947, ihre Vorgeschichte und Auswirkungen findet sich in: Lai Tse-han, Ramon H. Myers, and Wei Wou: *A Tragic Beginning. The Taiwan Uprising of February 28, 1947*, Stanford 1991. Zu einer anderen Bewertung der Ereignisse kommt Günter Whittome: *Taiwan 1947. Der Aufstand gegen die Kuomintang*, Hamburg 1991.
- 12) Arbeiten über die frühen Artikulationen eines taiwanischen Nationalismus sind rar. Vgl. David Wurfel: "Taiwanese Nationalism. Problem for United States Policy", in: Robert Sakai, ed.: *Studies on Asia, 1963*, Lincoln, NE 1963, S. 101-119, und Douglas Mendel: *The Politics of Formosan Nationalism*, Berkeley 1970.
- 13) Zu den geistigen Strömungen dieser Zeit s. Mab Huang: *Intellectual Ferment for Political Reforms, 1971-1973*, Ann Arbor, MI 1976.

um die Unterschiede zwischen China und Taiwan herauszuarbeiten. Fairbanks These, daß das kontinentale China durch seine negativen Erfahrungen mit Invasoren und sonstigen Eindringlingen fremden Erfahrungen ablehnend gegenüberstünde und Kontakte mit Ausländern eher zu vermeiden versuche, während sich das maritime China solchen Einflüssen öffne und von Handel und Austausch mit anderen Ländern profitiere, schien Chang auch die unterschiedlichen Erfahrungen der festländischen Elite und der Bevölkerung Taiwans wiederzugeben.¹⁴

Diese ersten vorsichtigen Diskussionen gewannen im Laufe der achtziger Jahre an Intensität und mündeten in eine weitschweifende Polemik über chinesische und taiwanische Identität. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen bemühten sich zahlreiche Autoren um den Nachweis einer eigenständigen taiwanischen Identität und ihrer konstitutiven Merkmale.¹⁵ Unter den vielfältigen, einander teilweise widersprechenden Auffassungen schält sich ein - von vielen Befürwortern mit zum Teil konträren Sichtweisen geteiltes - Verständnis heraus, das als konstitutive Element der taiwanischen Identität die Erfahrung der Unterdrückung ansieht. Nach diesem Verständnis ist die Geschichte der chinesischen Besiedlung der Insel durch die Unterdrückung ihrer vom Festland zugewanderten Einwohner geprägt. Als illegale Auswanderer ohne Schutz durch die Behörden gerieten die Siedler in der späten Ming-Zeit unter niederländische und spanische Kolonialherrschaft. Weder unter der Verwaltung der Ch'ing-Dynastie noch unter der japanischen Kolonialverwaltung bestanden Möglichkeiten zur Selbstentfaltung. Selbst nach der Rückkehr zu China setzte sich die Unterdrückung fort, Festländer übernahmen die Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft, lokale Kultur und Sprache wurden zugunsten einer von ihnen als überlegenen angesehenen nationalen, d.h. festländischen Kultur unterdrückt.

Die Gründung der Demokratischen Fortschrittspartei (*Min-chu Chin-pu-tang*/DPP) im Jahre 1986 und die durch die innenpolitische Liberalisierung ermöglichte Rückkehr zahlreicher Aktivisten der Taiwan-Unabhängigkeitsbewegung gaben den bislang vornehmlich kulturellen Debatten über Identität eine unmittelbar politische Wendung. Zu den wichtigsten Forderungen der DPP gehörte von Beginn an die nach einer Selbstbestimmung der Bevölkerung Taiwans über ihre nationale und politische Identität. Sie wurde Anfang der neunziger Jahre durch die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit und Rekonstituierung der politischen Ordnung abgelöst.

Zwar scheint derzeit die Wahrscheinlichkeit, daß die DPP in absehbarer Zeit eine für die Verwirklichung ihrer Ziele ausreichende Mehrheit findet, gering zu sein. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Auseinandersetzungen über die

14) Vgl. dazu Chang Chün-hung, *op.cit.*

15) Vgl. Anm. 6.

nationale Identität wie über die Grundlagen der politischen Ordnung in Taiwan andauern. Dadurch wird die Identitätskrise sowohl der Gesellschaft wie ihrer politischen Institutionen vertieft, grundlegende Veränderungen in Richtung auf eine Unabhängigkeit und die Aufgabe des bisherigen politischen Kurses sind nicht mehr auszuschließen.

Derzeit stehen sich auf Taiwan also zwei gegensätzliche Entwürfe nationaler Identität gegenüber - mit unterschiedlichen Konsequenzen für die Außen- und Chinapolitik der Insel. Besteht somit in der grundlegenden Orientierung der politischen Ordnung kein Konsens innerhalb der Bevölkerung, herrscht jedoch in einem anderen Komplex weitgehende Übereinstimmung: in der Unzufriedenheit über den gegenwärtigen internationalen Status Taiwans wie in der Forderung, dieser Status müsse schnell und umfassend verbessert werden.

In dieser Haltung artikuliert sich ein neues Selbstbewußtsein der Bewohner Taiwans. Es basiert auf einer Reihe von Erfahrungen, u.a. den unbestreitbaren Erfolgen in der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Insel, aber auch auf den Ergebnissen des politischen Reformprozesses. In den Worten eines taiwanischen Politologen: "The Taiwan miracle has fostered a new sense of identity and pride among the island's people, and they have begun to demand commensurate status and respect in the world community. Moreover, they feel that it is the responsibility of the government to achieve this for the country."¹⁶

Taiwans Selbstbewußtsein wurde zwar in den vergangenen Jahren in vielfacher Weise bestätigt, durch die Resultate der weitgehend konfliktfreien Transformation des autoritären Regimes in eine demokratische Herrschaftsordnung, durch das wachsende wirtschaftliche Gewicht Taiwans, vor allem aber durch seine Rolle als Kapitalexporteur und bedeutender Investor in der Region¹⁷ oder als Finanzier von Entwicklungshilfe. In dem Maße, wie sich seit den achtziger Jahren dank innenpolitischer Liberalisierung und wachsendem Wohlstand die Möglichkeiten zu Auslandsreisen vergrößerten, wurde dieses Selbstbewußtsein jedoch mit Erfahrungen von Geringschätzung und Ausgeliefertsein kontrastiert. Taiwanische Touristen und Geschäftsleute konnten im Kontakt mit anderen Staaten auf vielfältige Weise erleben, daß aus der Zugehörigkeit zu einem international nicht anerkannten Staat zahlreiche Benachteiligungen erwachsen. Hier-

16) Michael Y.M. Kao: "The ROC's Diplomatic Impasse and New Policy Initiatives", in: Chu Yun-han, ed.: *The Role of Taiwan in International Economic Organizations*, Taipei 1990, S. 14.

17) Vgl. dazu Sanjaya Lall: "Direct Investment in South-East Asia by the NIEs: Trends and Prospects", in: *Quarterly Review*, Banco Nazionale del Lavoro, No. 179 (1991), S. 463-480.

aus resultierte ein nachdrückliches Bestreben der Bevölkerung wie der politischen Elite Taiwans, angemessen in der internationalen Gemeinschaft vertreten zu sein und als legitimer Staat anerkannt zu werden. "Both the political elite and ordinary citizens feel strongly that their country should be granted legitimate status in the family of nations."¹⁸

Diese individuellen Erfahrungen im Kontakt mit dem Ausland sind seit Anfang der neunziger Jahre durch solche kollektiver Benachteiligung verstärkt worden. In ihrem Bemühen, Lösungen für globale Probleme zu finden, haben sich Regierungen und Internationale Organisationen über eine Reihe von Regelungen verständigt. Zunehmend fordern sie nun von Taiwan die Befolgung dieser Regeln, begleitet von der Androhung von Repressalien im Falle der Nichtbefolgung, von Regeln also, an deren Beratung und Beschlußfassung der Inselstaat keinen Anteil hatte. Als Beispiel sei hier nur auf die Bemühungen der beteiligten Organisationen verwiesen, mit Hilfe amerikanischer Sanktionen Taiwan zur Befolgung der Bestimmungen zum Schutz gefährdeter Tierarten zu veranlassen.¹⁹

Dieses komplexe Gemisch aus Erfahrungen des Stolzes wie der Demütigung hat dem Verlangen nach international anerkannter nationaler Würde innerhalb der Bevölkerung Taiwans starken Auftrieb gegeben und den Druck auf die Regierung in Taipei, außenpolitische Erfolge und eine Verbesserung der internationalen Position Taiwans zu erzielen, beträchtlich erhöht. Die Erwartungen richten sich jedoch nicht nur auf die eigene Regierung. Sie richten sich ebenso auf die Regierungen jener Staaten, denen sich Taiwan in einer politischen und ökonomischen Wertegemeinschaft verbunden fühlt, um so mehr, als einige dieser Staaten in der Vergangenheit unter Berufung auf diese Werte Veränderungen in der politischen und ökonomischen Ordnung der Insel eingefordert haben.

Gegenwärtig muß Taiwan jedoch die Erfahrung machen, daß politische Werte für die Außenpolitik westlicher Staaten weniger Gewicht haben als wirtschaftliche Interessen. Sollten sich die Staaten der internationalen Gemeinschaft, und insbesondere die westlichen Industriestaaten, an deren ökonomischen und politischen Ordnungskonzepten sich Taiwan orientiert, den Hoffnungen der taiwanesischen Bevölkerung, ein anerkanntes Mitglied dieser Gemeinschaft zu werden, verschließen, erscheinen Reaktionen unvermeidlich. Die langfristigen außen- und

18) Lin Bih-jaw: "Taipei's Search for a New Foreign Policy Approach", in: Steven W. Mosher, ed.: *The United States and the Republic of China: Democratic Friends, Strategic Allies and Economic Partners*, New Brunswick, NJ 1992, S. 31.

19) Su Chi: "International Relations of the Republic of China during the 1990s", in: *Issues & Studies* 29:9 (1993), S. 19-20.

innenpolitischen Konsequenzen einer Enttäuschung über dieses Verhalten, für deren Vorhandensein bereits erste Anzeichen vorliegen,²⁰ sind schwer abzuschätzen.

III.

Die Auswirkungen der in den achtziger Jahren begonnenen politischen Reformen auf die Formulierung und Implementierung der taiwanesischen Außenpolitik sind weitreichend, da sie sowohl das Verhältnis der politischen Institutionen zueinander als auch die Herkunft und Orientierung der politischen Eliten nachhaltig verändert haben.

Vor dem Beginn der Reformen, unter den Bedingungen des autoritären Regimes, war die Formulierung der Leitlinien der Außenpolitik die Prärogative des Präsidenten, ihre Implementierung oblag einer kleinen Gruppe von Personen innerhalb der Führungselite, zu denen auch der Außenminister gehörte. Neben ihrer uneingeschränkten Loyalität zur Person des Präsidenten Chiang Kai-shek verbanden diesen Personenkreis ein langjähriges Engagement in der nationalistischen Bewegung samt den daraus resultierenden gemeinsamen Erfahrungen und politischen Überzeugungen. Die Außenpolitik zählte ebenso wie die Verteidigungspolitik zu den unmittelbar sicherheitsrelevanten Bereichen der Politik und unterlag somit einer weitgehenden Geheimhaltung. Der Kurs der Außenpolitik wurde vornehmlich von den ideologischen Prämissen der KMT, ihrer unbeugsamen Gegnerschaft zur Kommunistischen Partei Chinas und der Aufrechterhaltung und Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruches für China bestimmt. Ungeachtet der aus diesem Kurs resultierenden zahlreichen außenpolitischen Rückschläge, blieb er innerhalb von Regierung und KMT, aber auch innerhalb der Parlamente²¹ unumstritten. Dies lag unter anderem daran, daß die in den Fraktionen der KMT im Legislativ Yuan wie in der Nationalversammlung dominierenden "senior representatives" (*tzu-shen tai-piao*)²² die politischen Überzeu-

20) So spricht ein taiwanesischer Autor bereits von einem "sense of frustration and alienation felt by the population in Taiwan toward the international community", in: Su Chi, *op.cit.*, S. 7.

21) Bis zur 2. Verfassungsänderung im Jahre 1991 nahmen 3 Institutionen in der Republik China die Aufgaben wahr, die in Staaten mit einer Dreigewaltenteilung das Parlament ausübt, nämlich die Nationalversammlung, der Legislativ- und der Kontroll Yuan. Vgl. dazu Hermann Halbeisen: *Politische Reformen in Taiwan*, Bochum 1992.

22) Der Begriff bezeichnet jene Abgeordneten, die in den Wahlen der Jahre 1947 und 1948 auf dem chinesischen Festland gewählt worden waren. Da

gungen der Regierung uneingeschränkt teilen. Da sie sich nicht in regelmäßigen Abständen einer Wiederwahl stellen mußten, konnten sie den Kurs der Regierung stützen, ohne Rücksicht auf Änderungen des Wählerwillens oder in der öffentlichen Meinung nehmen zu müssen.

Unter der Präsidentschaft Chiang Ching-kuos erfolgte eine gewisse Modifikation dieses Musters, ohne allerdings grundlegende Veränderungen nach sich zu ziehen. Angesichts der wachsenden internationalen Isolierung der Insel war es jedoch nicht zu vermeiden, daß die Außenpolitik und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen für Taiwan Gegenstand parlamentarischer Erörterung und öffentlicher Diskussionen wurden.

Die Demokratisierung des politischen Systems auf Taiwan hat die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Politik formuliert wird, grundlegend verändert. Im Zuge der politischen Reformen haben sich die Machtverhältnisse sowohl innerhalb der Exekutive, zwischen dem Präsidenten und dem Premier²³, als auch zwischen der Exekutive und der Legislative gewandelt. Die Legislative ist endgültig in eine Schlüsselposition innerhalb des Herrschaftssystems aufgerückt. Nach dem vollständigen Ausscheiden der "senior representatives" haben sich die Bemühungen der Parlamentarier intensiviert, diese Schlüsselstellung zu nutzen und ihren Einfluß auf die Gestaltung der Politik auszudehnen. Die KMT stellt zwar weiterhin die größte Fraktion im Legislativ Yuan, nach den Wahlen vom Dezember 1992, in denen zahlreiche Kandidaten der oppositionellen DPP Mandate erringen konnten, und der Abspaltung der *Hsin-tang* verfügt sie jedoch nur noch über eine knappe Mehrheit und ist auf Kooperation mit den anderen Fraktionen angewiesen.

Mit den personellen Veränderungen in den politischen Eliten der Insel ist die in der Vergangenheit bestehende weitgehende Übereinstimmung in den politischen Überzeugungen zerbrochen. Seit dem Tode Chiang Ching-kuos sind die Anhänger des überkommenen politischen Kurses aus den führenden Positionen in der

Forts. von letzter Seite

nach der Niederlage der KMT im Bürgerkrieg in diesen Wahlkreisen keine Wahlen mehr abgehalten werden konnten, konnten sie gemäß einem Urteil des Obersten Gerichtes ihre Mandate so lange ausüben, bis Neuwahlen möglich sein würden.

- 23) Bis zu einer eindeutigen Regelung in einer geplanten Verfassungsreform bleiben das Verhältnis zwischen Präsident und Premier ebenso wie die Kompetenzen beider Ämter offen für gegensätzliche Interpretationen und abhängig von der persönlichen Macht der jeweiligen Amtsinhaber. Vgl. dazu Halbeisen, Anm. 21.

Regierung und weitgehend auch der KMT ausgeschieden. Ihre Nachfolger in den öffentlichen Ämtern, ob Festländer oder Taiwanesen, gehören anderen politischen Generationen an und sind durch Alter und regionale Herkunft von anderen politischen Erfahrungen geprägt. Als Folge einer intensiven Sozialisierung durch parteiinterne Schulumrichtungen vertreten jedoch auch die neuen Leiter des administrativen Apparates (*hsing-cheng hsi-t'ung*), die Minister und Vorsitzenden der Kommissionen, weiterhin die chinesische Orientierung der KMT, ungeachtet der Tatsache, daß nur noch wenige von ihnen das chinesische Festland aus eigener Anschauung kennen. Anderen ideologischen Legaten der Partei stehen sie hingegen indifferent gegenüber.

Weitreichender sind die Veränderungen in einem anderen Teil der politischen Elite, unter den Parlamentariern in Legislativ Yuan und Nationalversammlung, die sich in ihren Orientierungen deutlich sowohl von der administrativen Elite wie von den ehemaligen "senior representatives" unterscheiden. Überwiegend taiwanesischer Herkunft, haben sie schon unter dem Regime der "Ergänzungswahlen" in erster Linie die partikularen Interessen ihrer Wählerschaft gegen die übergeordnete Orientierung der Regierung vertreten. Selbst unter den Abgeordneten der KMT, deren parteiinterne Sozialisierung schwächer als die der administrativen Elite ist, dominieren - mit wenigen Ausnahmen - die Repräsentanten lokaler Interessen und Sichtweisen. Angesichts dieser Konstellation sind die Möglichkeiten der Fraktions- und Parteiführung, die Abgeordneten auf die Parteilinie zu verpflichten, sehr begrenzt.

Die Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen ist nicht länger auf wenige Institutionen - Regierung, Parlamente, Parteien, staatliche Forschungsinstitute - beschränkt. Neben den Medien, die in beträchtlichem Umfang und in großer Offenheit über außenpolitische Fragen berichten, sind eine Reihe von privaten Think-tanks entstanden, die sich kontinuierlich mit diesem Politikfeld befassen. Von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen gefördert, analysieren sie die Außenpolitik der Regierung im Hinblick auf ihre jeweilige Interessenlage und suchen die politische Diskussion durch die Publikation eigener Studien zu beeinflussen. Mit der Entstehung einer "demanding civil society"²⁴ auf Taiwan haben sich auch eine Reihe von Bürgerbewegungen gebildet, die außenpolitische Forderungen artikulieren und die Bevölkerung für ihre Anliegen zu mobilisieren trachten. So wurde z.B. die Forderung nach einer Aufhebung des Verbotes für Reisen auf das chinesische Festland oder für die Rückkehr Taiwans in die Vereinten Nationen zunächst von Bürgerbewegungen artikuliert und propagiert.

- 24) Der Begriff wurde von dem taiwanesischen Soziologen Hsiao geprägt. Vgl. Hsin-huang Michael Hsiao: "The Rise of Social Movements and Civil Protests", in: Tun-jen Cheng and Stephan Haggard, eds.: *Political Change in Taiwan*, Boulder, CO 1992, S. 57.

Im Unterschied zu den Zeiten des Kriegsrechtes, als die Beschäftigung mit Fragen der Außenpolitik auf einen kleinen Personenkreis beschränkt war, sind die Ziele und Mittel taiwanesischer Außenpolitik heute in hohem Maße politisiert. Mit der Öffnung des politischen Systems gegenüber Forderungen aus der Gesellschaft wurden zahlreiche Forderungen von Interessengruppen und gesellschaftlichen Bewegungen an die Entscheidungsträger herangetragen, Forderungen, die zudem häufig im Widerspruch zueinander stehen. So bestehen, um nur ein Beispiel anzuführen, deutliche Konflikte zwischen den Wünschen ökonomischer Interessengruppen nach einer weiteren wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem chinesischen Festland, der Einrichtung direkter Verkehrsverbindungen u.a.m. auf der einen Seite und den politischen Zielen, Taiwans internationalen Status zu verbessern und Einflußmöglichkeiten der Regierung in Peking so gering wie möglich zu halten auf der anderen.

Die parlamentarischen Gremien wie die politischen Parteien sind nur eingeschränkt in der Lage, diese gegenläufigen Interessen aufzunehmen und zu politischen Alternativen zu bündeln. Sensibilisiert für die Erwartungen ihrer Wählerschaft, fließen bei der Bewertung außenpolitischer Aktionen der Regierung zunehmend die im vorhergehenden Abschnitt behandelten Präferenzen als Kriterien ein und verdrängen u.U. andere, sachdienlichere Überlegungen. So stießen mehrere Projekte der Regierung zur Beschaffung von Rüstungsgütern, denen angesichts der Sicherheitslage Taiwans allgemein hohe Priorität zugebilligt wird, auf heftige Kritik im Legislativ Yuan, weil die Verfahren wie die Inhalte der Übereinkommen Taiwans nationale Würde nicht hinreichend berücksichtigt hätten.²⁵

Außenpolitik ist somit heute auf Taiwan eine höchst kontroverse Angelegenheit, die ständiger Rechtfertigung im Legislativ Yuan und vor der Öffentlichen Meinung bedarf. Komplizierend für die KMT und der von ihr gebildeten Regierung kommt hinzu, daß sich außenpolitische Konzeptionen zu einem wesentlichen

25) Das Abkommen zwischen Taiwan und den USA über die Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen ist in Taiwan u.a. deswegen auf heftige Kritik gestoßen, weil sich die USA nur zur Lieferung einer alten Version bereit erklärt hatten, den Verkauf des "state-of-the-art"-Modells jedoch verweigert hatten. Galt lange Zeit der erfolgreiche Abschluß eines außenpolitischen Projektes als entscheidend und das Verfahren, auf dem dies erreicht wurde, als sekundär, so gewinnen in den letzten Jahren die Begleitumstände und die in ihnen zum Ausdruck kommenden Einstellungen der Verhandlungspartner gegenüber Taiwan an Bedeutung. Eine als unzureichend beurteilte Wertschätzung Taiwans kann u.U. zur Ablehnung einer Übereinkunft durch den Legislativ Yuan führen.

Faktor bei der Vergabe der Wählergunst entwickelt haben und die Legitimität der Regierung in hohem Maße von außenpolitischen Erfolgen abhängt. Gerade in diesem Politikfeld sind die Erfolge der KMT-geführten Regierung nach dem Urteil der Bevölkerung eher mager, eine Einschätzung, die sich auch in den Arbeiten taiwanesischer Analytiker wiederfindet. So sieht Lin Bih-jaw in der Außenpolitik die Achillesferse der herrschenden KMT,²⁶ während Wu Hsin-siung sogar davon spricht, die langjährige Isolation Taiwans von der internationalen Gemeinschaft habe die Autorität der Regierung nachdrücklich geschwächt "and causes the people to despise the government."²⁷

Angesichts dieser Einschränkungen, zu denen noch der anhaltende Konflikt zwischen Legislativ Yuan und Regierung über die politische Dominanz wie die an kurzfristigen publikumswirksamen Handlungen orientierten Erwägungen der Parlamentarier treten, ist in der Formulierung der Ziele der Außenpolitik wie in der Behandlung einzelner politischer Entscheidungen ein gravierender Wandel zu verzeichnen. An die Stelle einer beständigen, an der Verwirklichung der vom Regime als vital angesehenen Interessen orientierten Außenpolitik ist ein Prozeß der Konsensbildung und des Aufgreifens parlamentarischer Wünsche durch das Außenministerium getreten.²⁸

Die Außenpolitik Taiwans steht, wie wir gesehen haben, unter starkem innenpolitischen Druck. Maßstab für eine erfolgreiche Außenpolitik ist, ob es gelingt, die staatliche Eigenständigkeit Taiwans langfristig zu sichern und dem Inselstaat einen gleichberechtigten Platz unter den Staaten dieser Welt zu verschaffen.²⁹ Die gegenwärtige Außenpolitik der Regierung, die an der Ein-China-Prämisse festhält, aber eine eigenständige internationale Vertretung Taiwans anstrebt,

26) Lin Bih-jaw, *op.cit.*

27) Lee Wen-lang: "The Multi-Diplomacy Principle and Our Country's Situation in the World", in: *Chung-kuo Shih-pao*, 1.9.1988, 2 (in chinesischer Sprache).

28) Die Haltung des Außenministeriums gegenüber einer an den Wünschen der Öffentlichkeit orientierten Außenpolitik umreißt der Außenminister, Ch'ien Fu, folgendermaßen: "...we can do it only if there is a consensus among the general public. This is very important. We don't want to do anything that will not be supported by the Legislature, the media and the public." Siehe *Free China Review* 43:2 (1993), S. 20.

29) Nach Ansicht des taiwanesischen Politologen Wu Hsin-hsiung bildet die Frage "How to break through the isolation of diplomacy (...) one of the most hottest public issues in the ROC in the 1990s." Wu Hsin-hsiung: *Taiwan: The Emergence of New International Identities in the 1990s*, unveröff. Manuskript.

erfährt derzeit als erfolgversprechende Lösung Unterstützung. Sollte sie nicht die erhofften Erfolge bringen, wird sie ihre Akzeptanz verlieren und durch andere, radikalere Konzeptionen abgelöst werden.

IV.

Taiwans Außenpolitik wurde im Inland wie im Ausland als dogmatisch und unbeweglich wahrgenommen. Diese Einschätzung ist jedoch nicht ganz zutreffend. Bereits im Laufe der siebziger Jahre wurden, ungeachtet der weiterhin gültigen "Grundlagen der nationalen Politik" (*chi-pen kuo-ts'e*), erste Überlegungen über eine flexiblere Handhabung der Außenpolitik angestellt und vereinzelt auch in den Medien erörtert. Diese Überlegungen schlugen sich in den folgenden Jahren in einer Reihe von Konzepten nieder; zu diesen zählen die Entwicklung "substantieller Beziehungen" und die Verfolgung einer "totalen Außenpolitik".³⁰

Unter den Bedingungen des Kriegsrechtregimes boten die "Grundlagen der nationalen Politik" eine hinreichend kohärente konzeptionelle Grundlage der Außenpolitik, wenn auch ihr Verständnis der Lage Taiwans noch an den Kategorien des Kalten Krieges orientiert war. Mit dem Ende des Kriegsrechtregimes und der umfassenden Demokratisierung der politischen Institutionen entfielen jedoch diese Voraussetzungen. Bevor neue Konzepte für die taiwanesischen Außenpolitik formuliert werden konnten, waren zunächst eine Neubestimmung der Interessen Taiwans, eine Bewertung seines neuen Status als junger Industriestaat und der Konsequenzen, die sich aus den Erwartungen der Bevölkerung ergaben, vonnöten.

Um größere Handlungsspielräume für die Außenpolitik zu gewinnen, mußten angemessene Lösungen für zwei Problembereiche gefunden werden. Diese Lösungen mußten darüber hinaus sowohl innenpolitisch konsensfähig wie außenpolitisch praktikabel sein. Dies betraf zum einen den bislang von der Republik China erhobenen Alleinvertretungsanspruch, der aufgegeben werden sollte, ohne daß durch diesen Schritt das Ein-China-Prinzip in Frage gestellt würde. Das andere Problem bestand darin, Drittstaaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Taiwan zu ermöglichen, ohne deren bereits bestehende Verbindungen zur VR China zu tangieren.

30) Vgl. dazu Hsieh Chiao-chiao: *Strategy for Survival. The Foreign Policy and External Relations of the Republic of China on Taiwan, 1949-79*, London 1985.

Einen wesentlichen Beitrag zur Lösung dieser Schwierigkeiten lieferten die Arbeiten des Politologen Wei Yung.³¹ Seine Konzeptionalisierung der Probleme wie der Lösungsansätze wurde zwar zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung höchst kontrovers diskutiert, die ihnen zugrundeliegenden Gedanken prägten jedoch die Debatten wie die tatsächliche Formulierung der außenpolitischen Strategie.

Als eine Möglichkeit, um das Ein-China-Prinzip auch nach Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches beizubehalten, wurde das Konzept der "Multi-System Nation" von Wei erneut in die Debatte eingeführt.³² Den politisch entscheidenden Aspekt von Weis umfangreichen Untersuchungen der geteilten Nationen bildet seine Erkenntnis, daß sich innerhalb dieser Nationen nicht mehrere neue Nationen gebildet hätten, sondern daß auf dem Territorium einer Nation zwei oder mehr politische Systeme entstanden seien als Folge außen- oder innenpolitischer Entwicklungen. Träfe diese Unterscheidung Weis zu, wäre zum einen die nationale Frage geklärt, die Nation China bestünde fort, wenn sie auch mehrere politische Systeme umfasse. Darüber hinaus böte das Konzept auch außenpolitische Vorteile, da sich die Probleme der Anerkennung eines existierenden Staates von den Fragen einer Wiedervereinigung trennen ließen und so die Möglichkeit für Drittstaaten geschaffen würde, während der Phase der Teilung einer Nation ihre politischen Teilsysteme anzuerkennen.

Auch für die daraus folgende Politik prägte Wei die griffige Formel von der "dual recognition". Ebenso wie sein Konzept der Multi-System-Nationen stieß auch dieser Begriff auf vielfältige Kritik,³³ er beeinflusste jedoch die öffentliche Debatte ebenso wie die konzeptionellen Überlegungen der Regierungspolitik nachhaltig.

Die Formulierung eines neuen außenpolitischen Kurses und seine Umsetzung in konkrete Politik gewann mit dem Amtsantritt Präsident Lee Teng-huis zu Beginn des Jahres 1988 an Konturen und intensivierte sich nach seiner Wiederwahl im Jahre 1990. Seine Anstrengungen konzentrierten sich auf zwei zentrale Probleme

31) Vgl. dazu Wei Yung: "A New World Perspective for the Republic of China", in: *Issues & Studies* 28:7 (1992), S. 1-24.

32) Dieses Konzept wurde Anfang der achtziger Jahre zum erstenmal von Wei formuliert. Vgl. dazu Wei Yung: "The Unification and Division of Multi-System Nations. A Comparative Analysis of Basic Concepts, Issues, and Approaches", in: Hungdah Chiu and Robert Downen, eds.: *Multi-System Nations and International Law. The International Status of Germany, Korea and China*, Baltimore 1981, S. 59-74.

33) Ein Beispiel findet sich in Lin Bih-jaw, *op.cit.*, S. 32-34.

der Außenpolitik Taiwans: die Etablierung einer eigenständigen Existenz Taiwans und Lösung der Insel aus dem Schatten des übermächtigen China sowie die Rückkehr in die Organisationen der internationalen Gemeinschaft. Die Grundzüge dieser neuen Außenpolitik, die rasch die Bezeichnung "pragmatische Diplomatie" erhielt, bestehen zum einen in der Bereitschaft Taiwans, diplomatische Beziehungen zu allen befreundeten Staaten aufzunehmen, ungeachtet bereits bestehender diplomatischer Beziehungen zur VR China. Die Republik China auf Taiwan strebt die Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen an, auch wenn die VR China dort bereits Mitglied ist, solange einige aus der Sicht Taiwans unverzichtbare Prinzipien gewahrt bleiben: Gleichheit, Parallelität und Verzicht auf gegenseitige Unterordnung.³⁴

Eine zentrale Rolle für die Verwirklichung dieser außenpolitischen Ziele spielt die Regelung des Verhältnisses zur VR China. Dies betrifft sowohl die Wahrnehmung dieses Verhältnisses durch die internationale Gemeinschaft als auch die Etablierung von Institutionen und Prozeduren für die Regelung der zwischen beiden Staaten anstehenden ökonomischen und sozialen Angelegenheiten.

Da die Taiwan-Problematik derzeit von vielen Staaten als ein innenpolitisches Problem Chinas betrachtet wird, besteht ein Ziel der Außenpolitik Taiwans darin, diesen Konflikt zu internationalisieren, um auf diese Weise zusätzliche Unterstützung zu gewinnen. Diese Unterstützung, sowohl für seine eigene Position in der China-Frage wie für den Fall, daß die VR China ihren Anspruch gegenüber Taiwan mit Waffengewalt durchzusetzen versucht, erhofft sich Taiwan durch die Anwendung des Völkerrechtes, aber auch durch die Einflußnahme wichtiger Staaten auf die Regierung in Peking. Um dieses Ziel zu erreichen, muß Taiwan jedoch die Zahl seiner diplomatischen Beziehungen vergrößern. Die Politik, die dieses Ziel verwirklichen soll, wird im ersten Regierungs-Blaubuch zur Außenpolitik als "aggressiv, flexibel und pragmatisch" charakterisiert, um so auf der Basis des Prinzips "ein China, zwei politische Entitäten" eine Verbesserung der Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft zu verwirklichen.³⁵

Nach langwierigen innenpolitischen Auseinandersetzungen, in denen sowohl Widerstand von seiten konservativer Gruppierungen in der KMT wie von seiten der oppositionellen DPP überwunden werden mußte, schuf die Regierung seit Beginn der neunziger Jahre die konzeptionellen und institutionellen Voraussetzungen für den Aufbau von Beziehungen zwischen den beiden chinesischen

34) Wei Yung: "A New World Perspective for the Republic of China", *op.cit.*, S. 15.

35) Vgl. Wai-chiao-pu, ed.: *Tui-wai kuan-hsi yü wai-chiao hsing-cheng*, Taipei 1992, zitiert nach *Free China Journal*, 18.8.1992, S. 1.

Staaten. Nach der Einrichtung von Gremien für Fragen der Festlandpolitik innerhalb der KMT wie des Exekutivyuans wurde Anfang 1992 mit der Gründung der privatrechtlichen "Straits Exchange Foundation" (SEF) die institutionelle Grundlage für künftige halboffizielle Kontakte mit der VR China gelegt. Die Einbindung dieser Kontakte in den Kontext nationaler Wiedervereinigung erfolgte durch die "Richtlinien für die nationale Wiedervereinigung", die die Einrichtung inoffizieller Beziehungen zwischen Taiwan und Festlandchina als einen Aspekt der ersten Stufe eines insgesamt dreistufigen Einigungsprozesses vorsah.³⁶ Seitdem fanden mehrere Gespräche zwischen Vertretern der SEF und der von seiten der VR China eingerichteten halboffiziellen Einrichtung statt; die Ergebnisse dieser Gespräche standen nach Auffassung der taiwanesischen Seite in keinem Verhältnis zu der ihnen von den internationalen Medien zugesprochenen symbolischen Bedeutung.³⁷

Mit der Aufgabe zentraler außenpolitischer Positionen der Vergangenheit und der Formulierung eines kohärenten neuen Konzeptes, das sowohl Regelungen für das Verhältnis zur VR China wie für die Gestaltung der Beziehungen zu jenen Staaten, die bereits diplomatische Beziehungen zur VR China unterhalten, umfaßt, hat sich die Regierung Taiwans neue Handlungsspielräume eröffnet. Erste Erfolge blieben nicht aus.³⁸ Ob sie jedoch ausreichen, um die Erwartungen der Bevölkerung nach einem gesicherten internationalen Status und einer Veränderung der bisherigen Rolle des Insel als eines "price-takers" zu einer des "price-makers" zu verwirklichen, bleibt abzuwarten.³⁹ Aufkeimende Kritik an unzureichenden Erfolgen der neuen Konzeption konnte der Präsident bislang abwehren und durch die Formulierung eines neuen, sehr hochgesteckten außenpolitischen Zieles, der Mitgliedschaft der Republik China auf Taiwan in den Vereinten Nationen, in Unterstützung seines Kurses ummünzen.⁴⁰

36) *Free China Journal*, 11.3.1991, S. 1.

37) Vgl. dazu u.a. Hungdah Chiu: "The Koo-Wang Talks and their Prospect of Building Constructive and Stable Relations across the Taiwan Straits", in: *Issues & Studies* 29:8 (1993), S. 1-36.

38) Vgl. dazu die Erörterungen in Françoise Mengin: *Taiwan's External Relations Dynamics in the Early 1990s: Principles, Processes and Limits*, unveröffentl. Paper für die Konferenz "China and Europe: Defining a New Relationship within the Search for a New World Order", Leiden, 15.-18. September 1993.

39) Die Begriffe wurden von Su Chi geprägt. Vgl. Anm. 19.

40) Aus Platzgründen kann dieser Aspekt hier nicht weiter verfolgt werden. Vgl. dazu Frederick Chien: "UN Should Welcome Taiwan", in: *Far Eastern Economic Review*, 5.8.1993, S. 23.

Resümée

Die Außenpolitik der Republik China hat sich seit den achtziger Jahren durch eine größere Flexibilität ausgezeichnet. Zahlreiche Tabus, die die Außenpolitik seit den fünfziger Jahren belastet hatten, wurden aufgegeben.

Im Laufe der innenpolitischen Reformen haben sich die Voraussetzungen wie die Ziele der Außenpolitik verändert. Das wachsende Selbstbewußtsein der Bevölkerung setzt die Regierung unter einen wachsenden Erfolgszwang. Der Drang nach einer verbesserten internationalen Position, der dem wirtschaftlichen Gewicht der Insel entspricht, zieht auf seiten Taiwans keine Bedenken gegen eine Partizipation an regionalen Organisationsbestrebungen nach, eher ist das Gegenteil der Fall. Durch eine stärkere Präsenz in internationalen Organisation wie durch die Aufwertung der zwischenstaatlichen Beziehungen hofft die Regierung in Taipei, Druck von seiten der VR China besser abwehren zu können. Spannungen dürfte der Drang nach stärkerer internationaler Präsenz jedoch im Verhältnis zwischen Taipei und Peking hervorrufen.

Der künftige außenpolitische Kurs Taiwans, abgesehen von dem Bemühen, die wachsende Wirtschaftskraft der Insel außenpolitisch zu nutzen, wird jedoch in hohem Maße von innenpolitischen Entwicklungen bestimmt. Die Auseinandersetzungen über die Identität der Insel werden sich eher noch verschärfen, da wichtige Gruppen innerhalb von KMT und DPP sich Vorteile von einer weiteren Ideologisierung dieser Frage versprechen. Zudem besteht in beiden einander entgegenstehenden Lagern das Gefühl, jegliche Entscheidung in die eine oder andere Richtung besitze den Charakter einer Vorentscheidung und müsse dementsprechend gehandhabt werden. Die wachsende Abhängigkeit der Regierung von der öffentlichen Meinung wie von den Vorstellungen des Legislativ Yuan setzt die Außenpolitik in Einzelfragen stärker, als dies in der Vergangenheit der Fall war, nationalistischen Reaktionen aus.

Koreanischer Nationalismus: Stimulans zur Wiedervereinigung?

Werner Sasse

A Erinnerung an einige auch in Deutschland bekannte Tatsachen

Südkorea ist spätestens seit den Olympischen Spielen 1988 in Seoul in der deutschen Öffentlichkeit kein gänzlich unbekanntes Land mehr, und in jüngster Zeit wird es verstärkt wahrgenommen, vor allem als Faktor in der Weltwirtschaft und als Handelspartner.

Als die Ausrichtung der Spiele an Seoul vergeben worden war, forderte die politische Führung der Republik das Volk auf, für deren erfolgreiche Durchführung außergewöhnliche wirtschaftliche Anstrengungen zu tolerieren, damit "Korea" sich der "Welt" von seiner besten Seite zeige. In einer über ein Jahr gehenden, das gesamte öffentliche Leben bestimmenden innenpolitischen Kampagne gelang es der Regierung, dem Großteil der Südkoreaner deutlich zu machen, daß diese Spiele Korea aus dem Ruch, ein Entwicklungsland zu sein, befreien werden und daß alle Kräfte auf dieses Ziel konzentriert werden müßten.

Im Ausland - und hier insbesondere in Deutschland - dagegen waren sofort nach der Vergabe der Spiele Stimmen laut geworden, die Südkorea wegen der innenpolitischen Unruhen für extrem risikoreich hielten. Die innerkoreanischen Oppositionsbewegungen aber, die seinerzeit noch in einem geradezu militanten Kampf gegen die Regierung engagiert waren, gerieten untereinander in einen erbittert ausgefochtenen Streit, ob der Nutzen der Spiele ("Wir Koreaner präsentieren uns der Welt - ... und machen noch schönere Spiele als die in Tokyo ...") größer sei als der Nachteil, daß erfolgreich durchgeführte Spiele auch der Regierungspartei innenpolitisch helfen; das Ergebnis war ein Stillhalten der Opposition für die Dauer der Spiele!

Während der Spiele wurde in der deutschen Presse über dieses Verhalten der Koreaner mit Recht unter den Schlagworten "Nationalismus" und "Nationalstolz" berichtet und diskutiert, so daß heute diese Begriffe zum "Schatz" unserer unreflektierten (wenn auch nicht notwendigerweise in jedem Falle falschen) Vorurteile - neben "Konfuzianismus", "Traditionalität", "Wirtschaftswunder" usw. - gegenüber Südkorea und den Koreanern gehören.

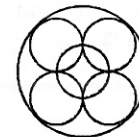
Über Nordkorea dagegen ist in Deutschland kaum etwas bekannt; vielleicht noch, daß dort seit über dreißig Jahren einer der letzten "Stalinisten" herrsche, daß in Nordkorea versucht werde, einen "dynastischen Kommunismus" zu errich-

MITTEILUNGEN
DES INSTITUTS FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

----- Nummer 243 -----

Brunhild Staiger (Hrsg.)

**Nationalismus
und
regionale Kooperation in Asien**



Hamburg 1995